

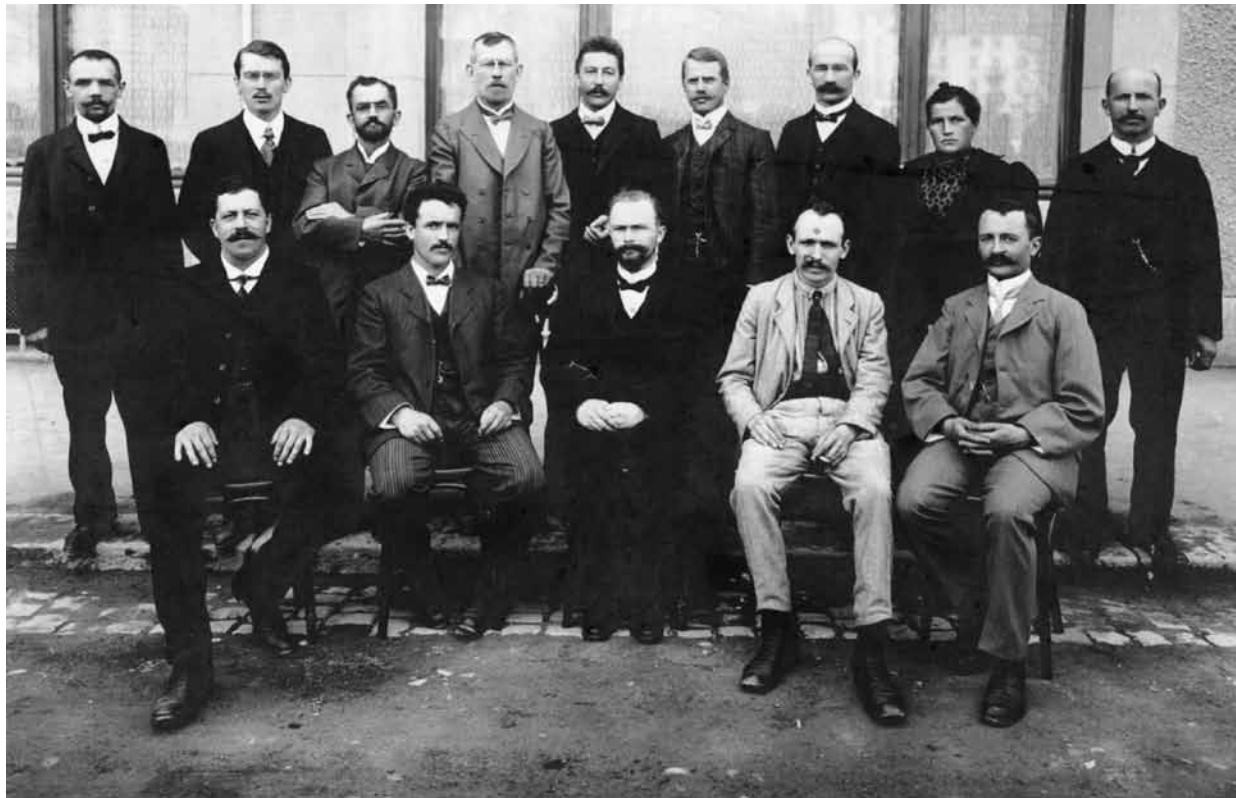
Zeitung zum Jubiläum  
des Zürcher Generalstreiks  
vom 12. Juni 1912

# ZÜRCHER GENERALSTREIK 1912

## DIE IDEE EINES GENERALSTREIKS GEWINNT VIELE ANHÄNGER

Bereits sechs Jahre vor dem bekannten Landesstreik von 1918 fand am 12. Juli 1912 in Zürich ein lokaler, 24-stündiger Generalstreik statt. Dieser entwickelte sich aus den Forderungen einzelner Berufsgruppen nach Arbeitszeitverkürzungen: Die darauf folgenden Repressionen der Regie-

rungen und Arbeitgeber, die als Angriff auf das Streikrecht gesehen wurden, führten innert kurzer Zeit zur generellen Arbeitsniederlegung. Das Volkshaus war als Versammlungsort zentraler Dreh- und Angelpunkt dieser Entwicklungen – und letztlich auch des Streiks selber.



Gruppenbild des Vorstands der Arbeiter-Union Zürich (1912) (leider keine Namen überliefert).  
Quelle: Sozialarchiv Zürich

## Protest-Generalstreik.

### Der Maler- und Schlosserstreik: Kampf für kürzere Arbeitszeiten

Ab Mitte März 1912 streikten in Zürich etwa 800 Maler, anfangs April folgten ihnen die Schlosser. Sie forderten einen neuen Tarifvertrag mit Arbeitszeiten, die um eine halbe Stunde gekürzt werden sollten. Bei den Malern hätte dies zu einem 8½-Stunden-Tag und einer 51-Stunden-Woche, bei den Schlossern zu einem 9-Stunden-Tag und einer 54-Stunden-Woche geführt.

Die Arbeitgeber reagierten auf den diszipliniert durchgeführten Streik: Sie führten schwarze Listen, wiesen streikende Ausländer aus und «importierten» zudem arbeitswillige Streikbrecher aus Deutschland. Die Situation zwischen den Streikenden und den Streikbrechern war, wie in früheren, vergleichbaren Situationen, sehr angespannt. Am 15. April kam es zu einem Zwischenfall mit tragischem Ausgang: Streikposten wollten den Streik auch in einem Haus durchsetzen, in dem Maler bei der Arbeit waren, und verwickelten diese in ein Wortgefecht. Die Auseinandersetzung gipfelte schliesslich darin, dass einer der Arbeitenden den Streikposten und Maler Wydler erschoss. Das Begräbnis Wydlers ent-

wickelte sich zu einer eigentlichen Demonstration: Gewerkschaften marschierten mit Transparenten an der Spitze des Trauerzuges, der mehrere tausend Personen umfasste.

Dieses Ereignis verschlechterte das Verhältnis zwischen Streikenden und Streikbrechern noch mehr. Die Streikenden forderten Massnahmen gegen «die Importierten» – die Lage war weiterhin sehr angespannt. Auf Druck der Unternehmer sowie des Kantons- und Regierungsrates erliess der Stadtrat schliesslich am 6. Juli ein teilweises Streikpostenverbot und erhoffte sich so, weitere Zwischenfälle verhindern zu können. Streikposten durften sich nicht unmittelbar neben den betroffenen Arbeitsorten aufhalten und durften höchstens zu Zweit unterwegs sein.

Breite Kreise in der Zürcher Arbeiterschaft sahen die Verordnung des Stadtrats als Angriff auf das allgemeine Streikrecht: Es sei unmöglich geworden, wirksame Streikposten aufzustellen. Aus dem Streik zweier einzelner Gewerkschaften hatte sich unerwartet ein Arbeitskampf von allgemeiner Bedeutung entwickelt.

### Der Druck steigt: Forderung nach einem Generalstreik

Die Metallarbeitergewerkschaft forderte darauf den Vorstand der Arbeiterunion auf, ein Signal der Zürcher Arbeiterschaft zu setzen. Der Unionsvorstand plante eine «allgemeine Sympathie- und Protestaktion» und nicht einen Generalstreik. Denn bislang hatte es nur einen Generalstreik in der Schweiz gegeben, 1902 in Genf, und der Vorstand hatte Vorbehalte gegen dieses Instrument.

Doch eine Mehrheit der Arbeiterunion-Delegierten, die an der ausserordentlichen Versammlung vom 9. Juli zusammen kamen, forderten einen Generalstreik, obwohl sich unter anderem SP-Stadtrat Klöti und andere Exponenten der Partei für eine parlamentarische Lösung stark machten. In der Folge führten die Gewerkschaften eine Urabstimmung unter ihren Mitgliedern durch – und auch diese äusserten sich mit grosser Deutlichkeit für einen 24stündigen Generalstreik. Schliesslich beschloss die Arbeiterunion am Abend des 11. Juli an einer weiteren ausserordentlichen Delegiertenversammlung – nur noch pro forma – den Generalstreik für den darauffolgenden Tag, den Freitag, 12. Juli 1912.

### Zürich und die Arbeiterbewegung

«Wenn man von der schweizerischen Arbeiterbewegung spricht, ist es notwendig, speziell derjenigen von Zürich zu gedenken, die in der Hauptsache Anstoss und Mittelpunkt des allgemeinen Vormarsches der gewerkschaftlichen wie politischen Arbeiterorganisation seit über vierzig Jahren war und blieb. Zürich, das damals erst in den Anfängen der industriellen Betätigung steckte und die heutige Aus- und Umgestaltung der wirtschaftlichen und politischen Zustände und Verhältnisse kaum ahnen liess, war seit Ende der sechziger Jahre das Hauptlager in dem sich die heftigsten Kämpfe abspielten und in dem auch die Fäden nicht bloss der nationalen, sondern auch der internationalen Bewegung des Proletariates sich kreuzten, vereinigten und wieder weitergeleitet wurden.»

Zitat zu Zürich und Arbeiterbewegung aus «Offizieller Festführer für das schweizerische Grütlizentralfest 1908 in Zürich».

### Wirtschaftliches Wachstum von 1895–1913

Die Zeit von 1895–1913 war geprägt durch starkes wirtschaftliches Wachstum. Ein wichtiger Auslöser war die ins Stadium praktischer Anwendbarkeit gelangte Elektrifizierung, welche gewaltige Investitionen in der Industrie auslöste.

Die wichtigsten Branchen in der Zürcher Wirtschaft waren zu dieser Zeit der Handel, die Textil- und der Metall- und Maschinenindustrie ab. Sie war damit schon damals sehr exportorientiert und abhängig von der internationalen Konjunktur, die 1900–1903 und 1908–1909 einbrach. 1904–1907 nahmen die Exporte der Textil- und der Maschinenindustrie wieder um 30% zu. Die Zahl der Fabrikarbeiter stieg von 1903–1907 um fast ein Viertel und einer geringen Zahl von Arbeitslosen stand eine grosse Zahl offener Stellen gegenüber.

### Streikstatistik

Jahr	Streiks	davon erfolgreich	
		in Zahlen	in %
1900	2	0	0
1901	3	2	67
1902	4	0	0
1903	3	2	67
1904	11	7	64
1905	13	7	54
1906	23	12	52
1907	23	11	48
1908	19	5	26
1909	10	4	40
1910	12	3	25
1911	10	4	40
1912	10	0	0
1913	5	2	40
1914	4	1	25
1915	0	0	0

Die meisten Streiks fanden in der Zeit von 1906/07 statt. Dann kamen verschärfte gesetzliche Bestimmungen gegen Streiks zur Anwendung und die sowohl die absolute Zahl der Streiks als insbesondere der Anteil erfolgreicher Streiks sank.

Aber auch die Lebenshaltungskosten verteuerten sich stark: es brach wieder eine offene Wohnungsnot aus und die Lebensmittelpreise stiegen von 1901–1907 fast um 20%.

Nach 1909 war der Aufschwung dann speziell in der Maschinenindustrie spürbar, was schon mit der Rüstungskonjunktur im Hinblick auf den 1. Weltkrieg zusammengehangen haben dürfte.

Setzt man die Nominallöhne mit den Preisen in Verbindung, so dürfte sich die wirtschaftliche Situation des Arbeiters in den Jahren 1897–1915 nur unwesentlich verbessert haben.

Quelle: Alfred Schaffner, Wirtschaftsfrage, gewerkschaftliche Organisation, Streikhäufigkeit und ihre Beziehung zueinander. Eine Untersuchung am Beispiel der Stadt Zürich 1897–1915, Dissertation, Aarau 1977.

## Arbeiter, heraus!

Um den Streik der Schlosser und Maler zu erwürgen, hat das Unternehmertum **Berufsstreikbrecher** aus Deutschland importiert, die, von einem Teil der Unternehmer mit Revolvern und Dolchen ausgerüstet, für die gefamte Bevölkerung gefährliche Elemente sind. Das beweisen die Vorkommnisse der letzten Tage. Die Regierung, auf diese Tatsachen aufmerksam gemacht, hat als Antwort vom Stadtrat ein **Streikpostenverbot** erzwungen.

Arbeiter! Zum Protest gegen diese Voreingenommenheit der Behörden, zum Protest gegen die Einfuhr berufsmässiger Streikbrecher rufen wir Euch auf

## zum 24stündigen Generalstreik

auf heute Freitag den 12. Juli.

Arbeiter! Verlaßt für heute die Arbeit in Ruhe und Ordnung. Ernst und würdig soll unser Protest sein. Wir appellieren dringend an Eure Disziplin, an Eure Einflucht! **Erinnert Euch an die kraftvolle Ruhe der schwedischen Arbeiterchaft. Weibet wie sie alle alkohollischen Getränke!**

**Unterläßt jede Sonderaktion vor den bestreikten Werkstätten!**

## Erscheint am Freitag, morgens 9 Uhr zur Protest-Versammlung auf der Rotwandwiese!

Hier werdet Ihr weitere Mitteilungen erhalten!

Am Samstag morgen wird die Arbeit wieder aufgenommen!

Vorstand u. Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich.

Sozialarchiv Zürich



# DER 12. JULI: «EIN STRAHLEND SCHÖNER TAG»



Der Streiktag begann morgens um neun Uhr mit einer Versammlung auf der Rotwandwiese – dort, wo heute das Bezirksgebäude steht. Je nach Quelle fanden sich bis zu 23 000 Arbeiter zusammen. Der Arbeiterarzt Fritz Brupbacher schrieb später: «Der Streik gelang wunderbar. Fast alle Industriearbeiter, die Trämmer, die Elektrizitätsarbeiter, Gaswerk und Eisenbahnwerkstätte setzten die Arbeit aus. Wo noch gewisse Arbeiterschichten zauderten, versperrten unsere flinken

Streikposten Streikpostenkolonnen einfach die Pforten zu den Werkstätten. [...] Polizei war keine sichtbar. Es schien, dass die ganze Stadt vom Volkshaus aus regiert würde.»

Anna Klawa-Morf (zur Person siehe Seite 4 unten) war als junge Frau ebenfalls am Generalstreik aktiv: «Es war ein strahlend schöner Tag, der 12. Juli 1912. Mein Herz schlug heftig, als ich die vielen sonnig gekleideten Arbeiter sah.» Sie und andere junge Menschen

Die Arbeiter verhindern am 12. Juli vor dem Depot Kalkbreite die Ausfahrt der Trams.

blockierten gemeinsam die Wipkingbrücke und liessen so die Bauern, die Gemüse und Kirschen in die Stadt transportieren wollten, nicht passieren. Sie berichtete später:

«Ein Bauer widersetzte sich der Forderung der Streikposten und knallte mit der Peitsche gegen die Arbeiter. Da flogen die Körbe auf dem Wagen in hohem Bogen auf die Strasse, und die Kinder, die auf dem Schul-

weg waren, lasen die Kirschen auf. Der Bauer musste einsehen, dass es besser war, ins Wehntal zurückzufahren.»

Zuvor hatten die jungen Aktivistinnen und Aktivistinnen eine Protestform genutzt, deren eigentliche Erfindung erst Jahrzehnte später folgen sollte: Quer über die Tramgeleise liegend blockierten sie das Depot und hinderten dadurch jene Tramführer am Ausfahren, die trotz des Streiks zur Arbeit gekommen waren.

## Fritz Brupbacher

1874 in Zürich als Sohn eines Hotelbesitzers geboren, studierte Brupbacher 1893–1898 in Genf und Zürich Medizin und schloss mit dem Staatsexamen ab. 1898 trat er der Sozialdemokratischen Partei bei. Die Promotion wurde ihm wegen einer Schrift gegen den Göttinger Gynäkologen Runge (1899) verweigert. Er publizierte von da an in diversen Zeitungen, verfasste wissenschaftliche und politische Broschüren oder Bücher («Kindersegen – und kein Ende?», «Marx und Bakunin», «60 Jahre Ketzerei») und engagierte sich in der Arbeiterbildung für Geburtenregelung und Sexualaufklärung. Angeregt durch Auguste Forel spezialisierte er sich auf Psychiatrie und praktizierte ab 1901 als Arzt in Zürich-Aussersihl.

1901 heiratete er die russische Ärztin Lydia Petrovna Kotschetkova, lernte russisch und reiste wiederholt nach Russland. Von 1901–1904 sass er im Zürcher Gemeindepalament. Dann näherte er sich der anarchistischen Bewegung an: Er forderte die Emanzipation des ganzen Menschen, von Mann und Frau, in einem freiheitlichen Sozialismus. Der Versuch scheiterte, ihn 1914 wegen seiner anarchistischen Ideen aus der SP auszuschliessen, führte aber dazu, dass er sich zurückzog und 1920 aus der SP austrat. 1921 schloss er sich der neu gegründeten Kommunistischen Partei an. Brupbacher wurde zu einem international angesehenen Wegbereiter der Sexualreform. Seine Kritik an der zunehmend stalinistischen Partei führte 1933 zum Ausschluss und zum Abschied von der aktiven Politik. Er starb 1945.

Quelle: Markus Bürgi, Historisches Lexikon der Schweiz



# Arbeiter! Auf zum Demonstrationzug!

## «Streikbilder» in der NZZ

Die Neue Zürcher Zeitung berichtete in ihrer Ausgabe vom 14. Juli ausführlich vom Generalstreik. Sie betont dabei immer wieder, dass es nur aufgrund der bürgerlichen Einsicht nicht zu Ausschreitungen und «verhängnisvoller Desorganisation» gekommen sei. Unterstrichen wird dies mit diversen «Streikbildern», kleinen Anekdoten, von denen im Folgenden einige ausgewählt wurden:

• Die vielgepriesene Disziplin der Streikenden erfährt einen argen Stoss, wenn man von den Polizeirapporten hört, die dutzendweise über die Ausschreitungen am gestrigen Tag eingelaufen sind. Ein Musterchen davon ist der Fall, bei dem es sich um einen mit Kirschen beladenen Wagen handelt. Ein Obsthändler erhielt von auswärts eine Sendung Kirschen per Bahn, von denen er diverse Körbe nach dem Tiefenbrunnen abliefern sollte. Er wollte sie per Pferdefuhrwerk hinbringen, wurde jedoch von einer Rote Streikender daran gehindert und musste, trotzdem ihm acht Stadtpolizisten zuhelfe geschickt wurden, sein Pferd ausspannen und den Wagen lassen. [...] Erst einige Stunden später hätte er die bestellten Kirschen ohne Gefahr für Leib, Leben und Pferd spedieren können, wenn – die Kirschen noch vorhanden gewesen wären! Die Körbe waren zwar noch auf dem Wagen, bis auf ein paar schäbige Reste aber leer.

Wir berichteten im heutigen 1. Morgenblatt von einem gestern abend stattgefundenen Aufruf vor dem Hause Badenerstrasse 208, wo ein Streikender durch einen Fuhrhalter Suter schwer am Arm verletzt worden sein soll:

• Gestern nacht gegen 10 Uhr erreichte der Aufruf seinen Höhepunkt: gegen 3000 Personen randalierten vor dem Haus und verlangten die Verhaftung des noch im Innern des Hauses befindlichen Fuhrhalters. Wie unsere Erkundigungen an zuständiger Stelle übrigens ergeben haben, ist die Verletzung mit der Sense nur unbedeutend und von dem Verlust des Armes, wie gestern hart-

näckig vor dem Hause herum erzählt wurde, gar keine Rede. Es liegt auch gar kein Grund vor, Suter zu verhaften. Vierzig Mann Kantonspolizei gelang es endlich, die Menge zu zerstreuen. Auch diesmal wieder versagte die Streikleitung vollkommen.

• Bedrohlich wurde gestern abend die Situation vor dem Gaswerk Schlieren. Es war nicht mehr möglich, den im Gaswerk befindlichen Arbeitswilligen Nahrungsmittel zuzuführen, da die Streikenden viele hundert Mann stark vor den Portalen Posto gefasst hatten und keinen Proviant hineinliessen. Es blieb schliesslich, nachdem selbstverständlich eine Offerte der Strei-

## Kampf dem Alkohol

ARBEITERUNION ZUERICH.

**ARCHI DER STADT ZÜRICH**

Zürich, 12. Juli 1912

An die Arbeiterwirthe der Stadt Zürich.

Wir ersuchen die Arbeiterwirthe dringend ihre Wirtschaften heute geschlossen zu halten. Wer heute den Arbeitern Geloggenheit zum Trinken bietet, ist ein Feind der Arbeiterschaft.

Wir erwarten, dass Sie auch in Ihrem Interesse unserem Ersuchen gerne entsprechen werden.

Der Vorstand der Arbeiterunion

Die Arbeiterunion versuchte alles, um den Streik friedlich zu Ende zu

bringen: Das Alkoholverbot sollte seinen Teil dazu beitragen.

kenden, den Eingang freizugeben, wenn keine Massregelungen der Streikenden erfolgten, abgelehnt wurde, nichts anderes übrig, als Militär zu Hilfe zu rufen, bei dessen Herrannahen [...] Streikende und Streikführer, die grössten Maulhelden und lautesten Radaubruder, schleunigst in den Büschen verschwanden.

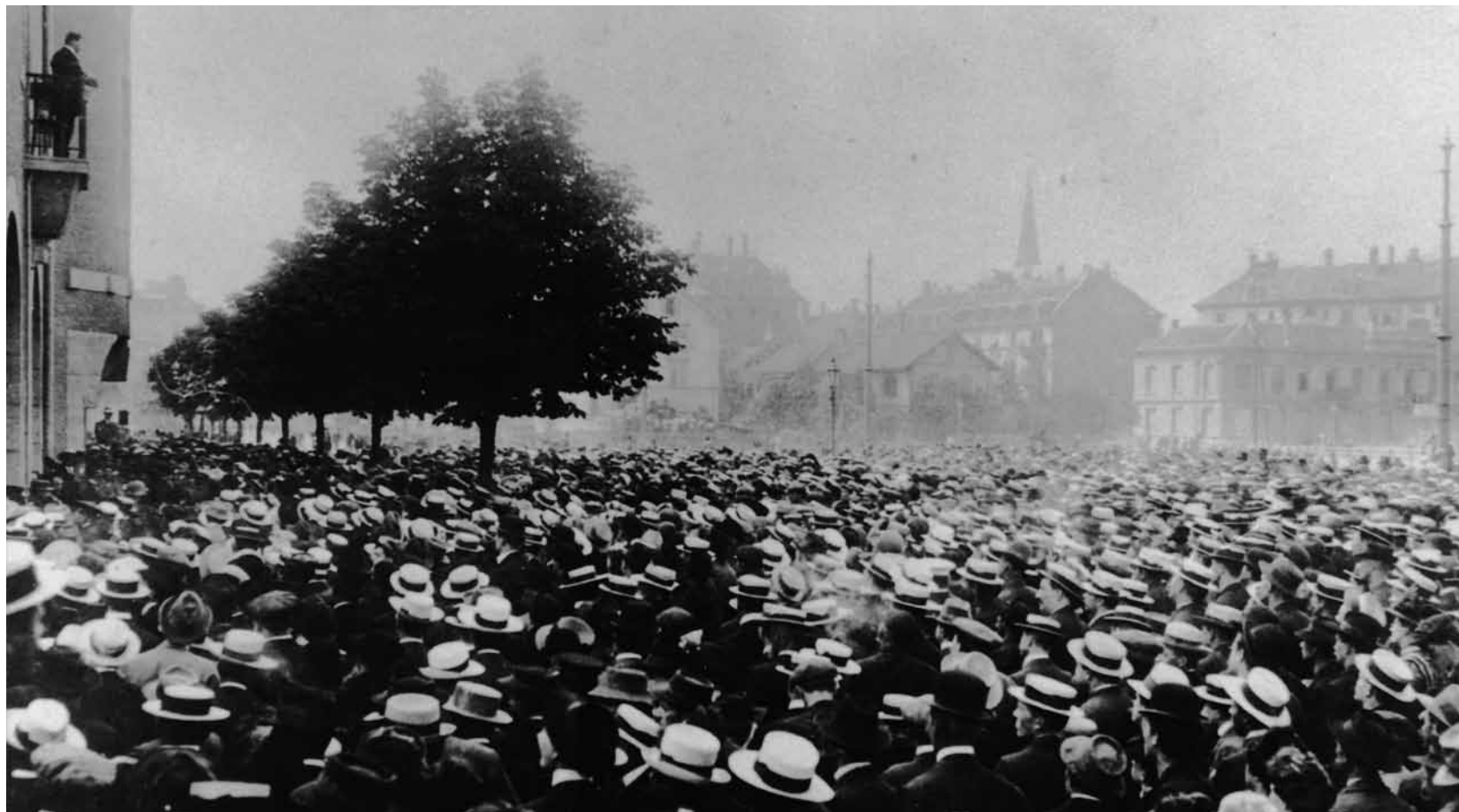
• Um 12 Uhr standen die drei Infanteriebataillone noch auf dem in glühender Sonnenhitze daliegenden Kasernenhof und fassten Brot und Wurst zum Mittagessen. Eine grosse Zuschauermenge schaute durch die Gitter dem Getrie-

be zu und mancherlei bekam man dabei zu hören, hin und wieder auch schnoddrige Bemerkungen über das Militär, die es einem schwer machten, einzelnen Gesellen nicht ein Paar hinter die Löffel zu hauen. Doch konnte man auch aus Arbeiterkreisen Sätze vernehmen, die für die Streikleitung kein Kompliment bedeuten. Dass man z.B. kleinen Gemüsehändlern die Pferde ausspannte oder den Karren einfach umwarf, lässt sich mit der belobten Disziplin der Waffen, man mag die Sache drehen wie man will, einfach nicht in Einklang bringen.



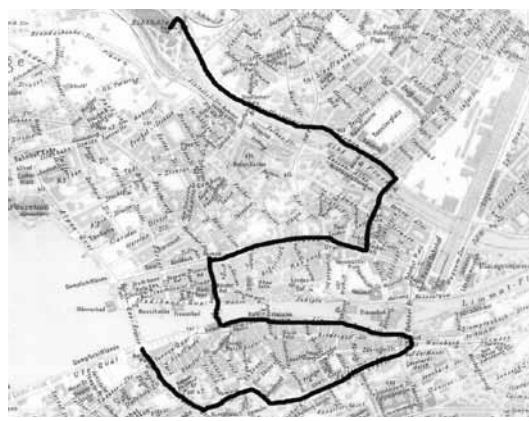


# AM NACHMITTAG...



Am Nachmittag fand ein Demonstrationzug durch die Innenstadt zur Sihlhölzliwiese statt. Als die Streikenden am Ziel angekommen waren, gab es kein Bier, sondern lediglich Wasser und alkoholfreie Getränke. Das Streikkomitee sah es als zentral an, dass der Tag absolut friedlich verlief. Deshalb riefen sie die Streikenden zum Verzicht auf Alkohol auf, drängten die Arbeiterwirts dazu, ihre Lokale am Streiktag geschlossen zu halten und schenkten auch selbst

keinerlei Alkohol aus. Getreu nach dem Motto: «Wer heute den Arbeitern Gelegenheit zum Trinken bietet, ist ein Feind der Arbeiterschaft.» Der friedliche Verlauf des Streiks führte dazu, dass viele Skeptiker des Generalstreikes ihre Meinung änderten: Leonhard Ragaz sah einen Streik nur als allerletztes Mittel an und hatte den Beschluss zum Generalstreik zuerst nicht gebilligt. Trotzdem ging er an jenem 12. Juli durch Zürichs Strassen und war von der



Johannes Sigg, SP-Nationalrat und Volksrecht-Redaktor, hält an diesem Tag vor einer riesigen Menge - man zähle die Strohhüte - eine Rede auf dem Balkon des Volkshauses.  
Quelle: Sozialarchiv Zürich

Der Demonstrationzug verlief vom Bellevue über die Rämistrasse, Seilergraben, dem Limmatquai, der Post- und Bahnhofstrasse und über die Usterstrasse in den Kreis III, zum Sihlhölzli.

## Johannes Sigg

1874 in Berlin geboren und aufgewachsen. Nach der Schreinerlehre kommt er 1894 nach Zürich, wird Speditionschef beim Konsumverein in Zürich, Möbelschreiner und Administra-



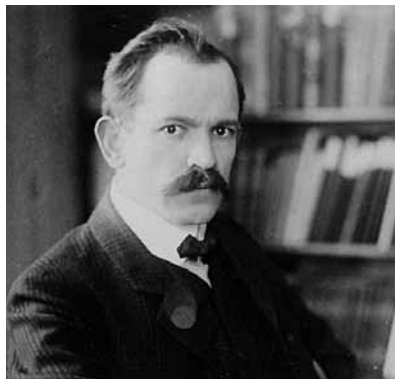
tor des «Volksrechts», Mitglied der Antimilitaristischen Liga. 1906 kritisierte er in der Zeitschrift «Die Friedens-Glocke» den Militäreinsatz gegen die Streikenden der Firma Arbenz in Albisrieden und wurde deshalb zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. 1907–1915 ist er Redaktor beim «Volksrecht», wo er wegen seiner Verteidigung der kriegsfreundlichen Haltung der deutschen Sozialdemokratie zum 1. Weltkrieg entlassen wurde. Von 1916–1919 wird er Adjunkt des eidg. Fabrikinspektors und von 1919–1929 Fabrikinspektor des Kantons Zürich, um dann seine politische Karriere als Gemeinderat, Kantonsrat, Nationalrat und 1929–1935 Zürcher Regierungsrat zu krönen. Er starb 1939.

Quelle: Markus Bürgi, Historisches Lexikon der Schweiz

Disziplin der Streikenden, dem Ausbleiben von Trinkgelagen und der friedlichen, beinahe sonntäglichen Stimmung tief beeindruckt: «Es war mir, als ob wir schon die Morgenluft jenes anderen Tages atmeten, wo die Arbeiter frei und das Proletariat zu Ende sein wird. Glücklicherweise gehoben wie schon lange nicht mehr ging ich nach Hause.» Umso schockierter war er von den Ereignissen, die in den nächsten Tagen folgen sollten.

# Aufstellung um halb 2 Uhr am Utoquai!

## Robert Grimm



1881 in Wald ZH, als Sohn eines Fabrikchlossers und einer Weberin besuchte die Sekundarschule und machte 1895–98 eine Buchdruckerlehre in Oerlikon. Als Typograf begab er sich auf die Handwerkswandererschaft in der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Österreich und Italien. 1906–09 arbeitete er als Sekretär des Arbeiterbundes Basel und parallel dazu als erster Sekretär des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter, den er mitgegründet hatte. 1909–18 wirkte er als Chefredaktor der «Berner Tagwacht». 1946–53 war er Direktor der BLS. 1907–09 sass Grimm im Grossrat von Basel-Stadt, 1909–18 im Berner Stadtrat, 1910–38 im Berner Grossrat, 1911–19 und 1920–55 im Nationalrat (für Zürich, ab 1920 Bern, 1946 Präs.), wo über 100 Vorstösse seine Handschrift trugen. 1918–38 amtierte er als Berner Gemeinderat und 1938–46 als erster sozialdemokratischer Regierungsrat. Ab 1899 gehörte er der SP an, 1911–43 präsiidierte er die SP des Kantons Bern. 1915–36 war er in der Geschäftsleitung der SPS und von 1936–45 hatte er das Fraktionspräsidium inne. Neben Herman Greulich war Grimm die markanteste und zugleich umstrittenste Persönlichkeit der schweiz. Arbeiterbewegung. Ausgehend von den Frühsozialisten rezipierte

er das Gedankengut von Karl Marx und sorgte mit seiner Schrift über den Massenstreik 1906 für erstes Aufsehen. 1912 vertrat er die SPS-Führung im Zürcher Generalstreik, 1907, 1910 und 1912 die Partei an den Kongressen der II. Internationale, wo er ab 1912 dem Internationalen sozialistischen Büro angehörte. Nach deren Zerfall infolge der Burgfriedenspolitik von 1914 organisierte er 1915 bzw. 1916 die Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal, auf der sich die sozialistischen Kriegsgegner trafen (Zimmerwalder Bewegung). Zu Lenin hatte er ideologisch und persönlich ein gespanntes Verhältnis.

Bereits Anfang 1918 stand er mit dem von ihm ins Leben gerufenen Oltener Aktionskomitee wieder im Zentrum der schweizerischen Politik. Als dessen Präsident verfasste er 1918 den Aufruf zum Landesstreik und übernahm den Vorsitz der Streikleitung. Die deswegen von einem Militärgericht über ihn verhängte sechsmonatige Gefängnisstrafe nutzte er zur Niederschrift seiner «Geschichte der Schweiz in ihren Klassenkämpfen». 1920 lehnte die SPS unter seinem Einfluss den Beitritt zur III. Internationale ab, blieb aber in ihrem von Grimm verfassten neuen Parteiprogramm dem Klassenkampf treu. Die Integration in das politische System der Schweiz erfolgte erst in der reformistischen Programmrevision von 1935 unter dem Eindruck der faschistischen Bedrohung; am Bekenntnis zur Demokratie und zur Landesverteidigung hatte er wiederum starken Anteil. Nach dem 2. Weltkrieg wandte er sich gegen die Eingliederung in die bürgerliche Front des Kalten Krieges. Mit seiner marxistisch geprägten Kritik am Kapitalismus und an der Politik der USA isolierte er sich politisch. In seinen eigenen Reihen galt Grimm als selbstbewusst, ehrgeizig, autoritär und nicht frei von Widersprüchen. Er starb 1958 in Bern.

Quelle: Peter Stettler, Historisches Lexikon der Schweiz

## Robert Grimm am Zürcher Generalstreik

Robert Grimm war nicht direkt an den Vorbereitungen des Generalstreiks beteiligt. Seine Schrift «Der politische Massenstreik», schon 1906 auch in französischer und italienischer Sprache erhältlich, hat die Diskussionen im Vorfeld des Streiks mit Sicherheit beeinflusst.

Robert Grimm, damals Redaktor der Berner Tagwacht, erhält am 12. Juli 1912 verschiedene Anrufe per Telefon, ein erster um 7 Uhr morgens: Die Streikleitung berichtet vom Generalstreik und bittet Grimm, so schnell wie möglich nach Zürich zu kommen. Brupbacher berichtet: «Grimm wurde extra hintelefoniert, um eine nach aussen wirkende Person zu haben, da

sich die anderen Parteiführer offenbar nicht blicken liessen».

Grimm schreibt in der Berner Tagwacht am Freitagabend: „Um 9 Uhr begannen zwei grosse, von mehr als 15'000 Personen besuchte Volksversammlungen auf der Rotwandwiese. Vom Balkon des Volkshauses sprachen Genosse Nationalrat Sigg und Genosse Montanari (in italienischer Sprache). Nachmittags um 2 Uhr versammelten sich die Arbeiter am See zum Demonstrationzug. Voran schritt der sozialdemokratische Verein «Eintracht» mit Fahne, zahlreiche Ordner mit roter Binde am Arm stellten den riesigen Zug zusammen, dessen Vorbeimarsch, mit Trommeln begleitet, über eine halbe Stunde dau-

Die Spitze des heutigen Demonstrationenkampfes richtet sich nicht allein gegen die Unternehmer, nein, er richtet sich auch gegen das Treiben der politischen Behörden. Der politische Massenstreik ist also auch in der Demokratie notwendig, das hat der heutige Tag gezeigt, notwendig, um auch den vielen Tausenden der politischen Rechtlosen politische Macht zu verleihen.

erte. Kurz nach 4 Uhr erreichte der Zug das Sihlhölzli, wo Genosse Nationalrat Grimm sprach.»

Grimm publizierte seine Rede in der Berner Tagwacht vom Samstagabend, 13. Juli 1912: «Kampfgenossen! Voll Bewunderung schaut heute die ganze schweizerische Arbeiterschaft auf Zürich. Ein stolzes, freudiges Gefühl, zugleich auch ein Gefühl des Neides erfasst alle proletarischen Herzen, denen es versagt ist, an dieser prachtvollen Demonstration teilzunehmen. (...) Der Stillstand der Trams, der Droschken, der Autos hat eine so starke Wirkung hinterlassen, dass die N.Z.Z., die seidenbeschnürte Anstandsdame, heute ganz perplex ausruft: «Wir stehen vor vollendeten Tatsachen!» (Heiterkeit und Bravos).» Später sagt er: «Die Spitze des heutigen Demonstrationenkampfes richtet sich nicht allein gegen die Unternehmer, nein, er richtet sich auch gegen das Treiben der politischen Behörden. Der politische Massenstreik ist also auch in der Demokratie notwendig, das hat der heutige Tag gezeigt, notwendig, um auch den vielen Tausenden der politisch Rechtlosen politische Macht zu verleihen.»





# ZWEI TAGE «AUSSPERRUNG»: REPRESSALIEN UND EINMARSCH DES MILITÄRS

David Farbstein

1868 in Warschau geboren, stammte aus einer Familie von Talmudgelehrten, wurde Rabbiner und dann kaufmännischer Angestellter in Warschau. Farbstein war seit 1890 aktiver Zionist



und engagierte sich gegen Judendiskriminierung und Antisemitismus. 1892–1896 studierte er Rechts- und Staatswissenschaften in Berlin, Zürich und Bern und schloss dort mit einem Doktorat ab. 1895 heiratete er die Gynäkologin und überzeugte Frauenrechtlerin Betty Oster-setzer. 1897 wurde er in Zürich Rechtsanwalt. Er vertrat die SP von 1904–1922 im Zürcher Gemeinderat, von 1912–1926 im Kantonsrat und von 1922–1938 im Nationalrat. Von 1912–1938 war er Kassationsrichter und von 1919–34 Mitglied der Oberrekurskommission. Er heiratete 1917 Rosa Leszczyska aus Lodz. Er vertrat mehrmals streikende Sozialdemokraten und Gewerkschafter vor Gericht, so auch die Angeklagten im Landesstreik-Prozess 1919. Er starb 1953 verarmt in Zürich.

Quelle: Markus Bürgi, Historisches Lexikon der Schweiz

Der Regierungsrat verhängte am 13. Juli ein Demonstrationsverbot und liess auf den selben Tag drei Infanteriebataillone und eine Kavallerieschwadron einrücken.

## Bekanntmachung des Regierungsrates an die Bevölkerung des Kantons Zürich.

Der Regierungsrat beschliesst: Das Streikpostenstehen, die Veranstaltung von Versammlungen im Freien und von Demonstrationen jeder Art, soweit sie mit den Streikunruhen in irgend welchem Zusammenhang stehen, sind verboten.

Zürich, den 13. Juli 1912.

Im Namen des Regierungsrates,

Der Präsident: H. Naegeli. Der Staatschreiber: Dr. A. Huber.

## Aufgebot der Bataillone 62, 64 u. 67 und der Schwadron 24.

Gemäss Beschlussfassung des Regierungsrates haben sämtliche im Kanton Zürich wohnhaften Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Bat. Nr. 62, 64 u. 67, sowie der Dragoner-Schwadron Nr. 24, mit Ausnahme der Trainsoldaten und der Träger Samstag, 13. Juli 1912, vormittags 9 Uhr feldmäßig ausgerüstet und bewaffnet bei der Kaserne Zürich einzurücken.

Militärdirektion des Kantons Zürich,

Der Direktor: Dr. Mouffon. Der Sekretär: J. J. Spinner.

Die Arbeitgeber hatten bereits am Mittag des Streiktages beschlossen, die Streikenden für zwei Arbeitstage (Samstag und Montag) von der Arbeit auszuschliessen – mit entsprechendem Lohnausfall. Mit dieser «Aussperrung» wollte man verhindern, so die offizielle Begründung, dass die Gewerkschaften in Zukunft wieder zu einem Generalstreik greifen würden.

Der Regierungsrat fürchtete nun Ausschreitungen und bot das Militär auf: Samstag früh rückten drei Infanteriebataillone und eine Kavallerieschwadron ein, insgesamt über 2000 Mann, die alle aus ländlichen Gebieten des Kantons Zürich stammten. Der Stadtrat erliess zudem ein Versammlungs- und Demonstrationsverbot.

Die Streikleitung liess sich von diesen Massnahmen nicht provozieren und hielt an der Taktik der friedlichen Manifestation fest. Weiterhin

sollte Ruhe bewahrt und auf Alkohol verzichtet werden. Die Arbeiter sollten sich während der Aussperrungstage erholen und sich ihrer Familie und den Kameraden widmen, so der Aufruf. Tatsächlich blieb es in Zürich sehr ruhig. Die einzige Aktion von Militär und Polizei war die Besetzung des Volkshauses mit anschliessender Razzia.

Anna Klawa-Morf berichtet, wie sie gemeinsam mit Marie Heissel die Protokollbücher aus dem Volkshaus «rettete», das gewissermassen das Hauptquartier der Streikenden war. Arbeitersekretär Max Bock übergab ihnen diese, worauf sie sie in Taschen unter ihre Röcke steckten. An Polizisten und Soldaten vorbei, die mittlerweile das Volkshaus umstellt hatten, brachten sie die Bücher aus der Gefahrenzone und versteckten sie kurz darauf an einem sicheren Ort. Schliesslich seinen diese Protokolle in die Hände des Rechtsanwaltes und

SP-Gemeindeparlamentariers David Farbstein gelangt. Farbstein, der von der SP sogar als Kommissionspräsident der Untersuchungskommission

des grossen Stadtrates (heute Gemeinderat) zur Untersuchung der Ereignisse des 12. Juli 1912 vorgeschlagen war, versteckte diese Bü-

cher bis alle Strafverfahren abgeschlossen waren, an einem sehr sicheren Ort: In einem Safe bei der Schweizerischen Kreditanstalt.

## Arbeiter! Meidet den Alkohol! Die auswärtigen Genossen sind erfucht,

### Auch ein Zeitungskrieg: Die Rolle des Volksrechts

Das «Volksrecht» war das offizielle Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei und der Zürcher Arbeiterunion. Mehrere bekannte SP-Politiker amtierten als Redakteure, berühmtester dürfte wohl der spätere Bundesrat Ernst Nobs sein, der von 1915 bis 1935 Chefredakteur war. Es dürfte nicht überraschen, dass das Volksrecht die eigentliche Gegenposition zur stramm bürgerlichen NZZ einnahm, so auch während des Zürcher Generalstreiks. Unter der Rubrik «Momentbilder vom Generalstreik» hiess es im Volksrecht vom 13. Juli 1912:

«Böse, bitterböse über den Generalstreik und besonders darüber, dass fast alle Geschäftshäuser am Nachmittag geschlossen hatten, dass sogar die konzertierenden Warenhäuser geschlossen hatten, waren die kleinen, reizenden Backfische, die gewöhnt sind, nachmittags bei Jelmoli, Brann oder in der Zentralthalle bei Kaffee und Kuchen zu flirten. Bitterböse auf uns war aber auch ein Beamter aus dem Wiedikon Kreishause; er verbot seinem Töchterlein, das in den Generalstreikern nur gute, tüchtige Menschen erblickte, das Verlassen des Hauses. Damit ihm die Karriere nicht «verchaibet» werde ...»

### Anna Klawa-Morf

1894 in Basel als Tochter eines Hilfsarbeiters und gelernten Bäckers geboren. Sie arbeitete ab 1908 als Fabrikarbeiterin in der Textilindustrie in Höngg und wurde ab dann Aktivistin in der Zürcher Arbeiterbewegung, wo sie u. a. im Vorstand der Sozialistischen Jugend mitarbeitete und 1910 die erste sozialistische Mädchengruppe innerhalb der sozialistischen Jugend gründete. 1919 engagierte sie sich als Sekretärin von Ernst Toller in der Münchner Räterepublik, erlebte deren Zusammenbruch und wurde inhaftiert. Ab 1921 lebte sie in Bern, wo sie 1922 den lettischen Typografen Janis Klawa heiratete und die sozial-demokratische Organisation der Kinderfreunde Bern (Rote Falken) gründete und bis 1967 leitete. Zudem koordinierte sie als Leiterin die Hilfsaktionen des SAH im Kanton Bern. Bis an ihr Lebensende 1993 blieb sie eine vehemente Vorkämpferin für die Rechte der Frauen.



Quelle: Annette Frei Berthoud, Historisches Lexikon der Schweiz, Bild: Archiv Neue Wege

Nr. 162. — Fünfzehnter Jahrgang.

# Volksrecht

Sozialdemokratisches Tagblatt

Offizielles Publikationsorgan der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz und des Kantons Zürich

Zürich, Sonntag den 13. Juli 1912.

---

### Arbeiter! Genossen!

Der Generalstreik ist beendet. Er hat den ausserordentlichen Protest der zürcherischen Arbeiterenschaft gegen den Import ausländischer Berufsfreiheitsrechte und gegen das einseitige Verhalten der Behörden zum Ausdruck gebracht und wurde in einer Art und Weise durchgeführt, der auch der Gegner Bewunderung und Achtung nicht verjagen kann.

Als Antwort auf den Protest der Arbeiter haben einige Unternehmer eine zweitägige Aussperrung angeordnet. Die Arbeit soll in den aussperrenden Betrieben am Dienstag wieder aufgenommen werden.

Die Aussperrung ist nicht allgemein. In vielen Betrieben wird gearbeitet. Wie erfrucht die Arbeiter bringen, überall da, wo die Betriebe geöffnet sind, die Arbeit unverzüglich aufnehmen.

**Niemand bleibe unbedingterweise der Arbeit fern.**

**Arbeiter!**

Die Aussperrung ist mit Hilfe des Militäraufgebotes zustande gekommen. Die Scharfmacher setzen nach Blut. Sie möchten die Streiks der Arbeiter und Schloffer mit einem Massaker niederringen.

Das darf und soll ihnen nicht gelingen! Nicht die Unternehmer, sondern wir Arbeiter selbst wollen bestimmen, wann wir unsere Haut zu Markte tragen.

Haltet Euch deshalb fern von den Ausschüssen der Organisationen. Unterlasst jede Ausföhrung.

Wacht den Provokationen, von welcher Seite immer sie kommen, aus dem Wege. Keine Ansammlungen auf der Strasse!

Zeit muss eiferne Disziplin gehalten werden. Der Erfolg des Generalstreiks darf nicht in Frage gestellt werden durch Unbedachtsamkeiten.

Meidet den Genuss jeglichen Alkohols. Die nüchternen Arbeiterenschaft wird auch den Gegenstand der Internernehmer parieren und durch ihr gedonertes Verhalten beweisen, dass weder Polizei noch Militäraufgebot notwendig war.

Es missfälligt und diszipliniert wie der Proteststreik ausgeführt wurde, soll der Kampf bis zu Ende ausgefochten werden.

**Hoch die Solidarität der Arbeiterklasse!**

Der Vorstand der Arbeiterunion Zürich.  
Sozialdem. Stadtkommission des Kantonsrates.  
Soziald. Kreiskomitee des Grossen Städtetages.

Die Aussperrten haben sich sofort bei ihrer Gewerkschaftsleitung zu melden und über alle Vorgänge unverzüglich zu rapportieren.

Alle weiteren Mitteilungen erfolgen in den Gewerkschaftsversammlungen und im «Volksrecht».

**Generalstreik — Generalaussperrung — Militäraufgebot.**

Der einseitige Import-Verbot hat einen sehr unerwarteten Erfolg gehabt. Die zürcherischen Arbeiter sind im Stande, sich gegen die Aussperrung zu wehren. Die Aussperrung ist nicht allgemein. In vielen Betrieben wird gearbeitet. Wie erfrucht die Arbeiter bringen, überall da, wo die Betriebe geöffnet sind, die Arbeit unverzüglich aufnehmen.

Als Antwort auf den Protest der Arbeiter haben einige Unternehmer eine zweitägige Aussperrung angeordnet. Die Arbeit soll in den aussperrenden Betrieben am Dienstag wieder aufgenommen werden.

Die Aussperrung ist nicht allgemein. In vielen Betrieben wird gearbeitet. Wie erfrucht die Arbeiter bringen, überall da, wo die Betriebe geöffnet sind, die Arbeit unverzüglich aufnehmen.

Als Antwort auf den Protest der Arbeiter haben einige Unternehmer eine zweitägige Aussperrung angeordnet. Die Arbeit soll in den aussperrenden Betrieben am Dienstag wieder aufgenommen werden.

Die Aussperrung ist nicht allgemein. In vielen Betrieben wird gearbeitet. Wie erfrucht die Arbeiter bringen, überall da, wo die Betriebe geöffnet sind, die Arbeit unverzüglich aufnehmen.







# NACH DEM AUSSPERRUNGS-WOCHENENDE: FOLGEN UND WIRKUNGEN

Am Dienstag, 16. Juli wurde die Arbeit wieder aufgenommen, die militärischen Truppen wurden am 17. Juli entlassen. Doch welche Nachwirkungen hatten diese Tage?

Mit dem Bekenntnis Ragaz' zur Sozialdemokratie ist bereits ein Bereich angesprochen, in denen Folgen des Generalstreiks sichtbar sind: auf der ganz persönlichen Ebene. So war der Generalstreik auch für Anna Klawar ein prägendes Ereignis. Sie habe dadurch neuen Mut geschöpft, wie sie schreibt. In der Seidenfabrik Höngg, in der sie arbeitete, stellte sie Forderungen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -sicherheit auf. Der Generalstreik führte auch zu einer gewissen Politisierung, so berichtete die Zeitung «Volksrecht» von 1884 neuen Abonnenten.

Mit Blick auf die ursprünglichen Forderungen der Gewerkschaften, nämlich die Verkürzung der Arbeitszeiten, sollte sich bis auf Weiteres jedoch nichts ändern. Für andere Protagonisten hatte der Generalstreik weitaus unerfreulichere Folgen: Ausländische Streikende wurden des Landes verwiesen, wie

der Sekretär der Arbeiterunion, Max Bock, der Deutscher war. Städtische Angestellte wiederum, die am Streik teilgenommen hatten, mussten Massregelungen befürchten.

Das Ringen darum, wie der Zürcher Generalstreik in der öffentlichen Meinung dastehen sollte, führte beide Seiten dazu, auch im Nachhinein aktiv zu bleiben. Sowohl die Arbeiterunion und die Sozialdemokratische Partei als auch die Bürgerlichen führten Veranstaltungen durch, an denen der Generalstreik das zentrale Thema war.

In einem Inserat wandte sich die SP und die Arbeiterunion zudem an die Bevölkerung. Darin rollen sie die Ereignisse nochmals auf und verweisen erneut auf die friedliche Demonstration und die Selbstbeherrschung der Arbeitenden. Man lasse sich trotz aller Repression von Seiten der Behörden und Arbeitgeber nicht provozieren, so der Tenor der Erklärung an die Bevölkerung.

Sowohl die Arbeiterunion (Bilder rechts und Seite 7 oben) als auch die Bürgerlichen (Seite 7 unten) versuchten durch Bekanntmachungen und Aufrufe, die öffentliche Diskussion um den Generalstreik zu prägen.

## Massregelungen des Stadtrats

Der Stadtrat gab dem Grossen Stadtrat am 14. August 1912 einen Bericht ab, über den Generalstreik und legte darin auch offen, wie mit den städtischen Beamten, Angestellten und Arbeitern verfahren wurde, die am Streik teilgenommen hatten.

734 Städtische, die sich am Streik beteiligt hatten, wurden mit einer Lohneinbusse für diesen Tag bestraft. Es handelte sich um Angestellte oder Arbeiter des statistischen Amtes, des Abfuhrwesens, des Tiefbauamtes, des Vermessungsamtes, des Hochbauamtes, des Vormundschafts- und Armenwesens sowie des Bauwesens II.

116 Personen, die bereits früher einmal wegen erheblicher Verfehlungen disziplinarisch bestraft wurden, sind in ihren Dienstverhältnissen zurückgestuft worden.

26 Angestellte und Arbeiter, die Arbeitswillige mit Gewalt, Drohung oder Beschimpfung an der Arbeit zu hindern suchten, wurden fristlos entlassen. Es betraf dies vor allem Mitarbeiter aus der Abteilung Bauwesen II und aus den Werken (Gas, Wasser, Elektrizität oder Strassenbahnen).

Für 3 Personen gab es weitere Disziplinarmaßnahmen.

Am 31. Dezember 1911 betrug die

## Bericht des Stadtrates

an den

### Grossen Stadtrat

betreffend

### den Generalstreik am 12. Juli 1912.

Am 6. Juli 1912 hatte der Stadtrat, einer Zuschrift des Regierungsrates Folge gebend, die Aufstellung von Streikposten in der nächsten Umgebung zweier Schlossergeschäfte verboten, und in der Sitzung des Grossen Stadtrates am Mittwoch den 10. Juli wurde von ihm in Beantwortung der auf diese Massnahme bezugnehmenden Interpellation von Jakob Gschwend und Mitunterzeichnern ein dringender Appell an alle gerichtet, zu unterlassen, was weiterhin eine Steigerung der durch den langdauernden Streik im Maler- und Schlossergewerbe erzeugten Erregung und eine neue Erhitzung der Leidenschaften erwirken könnte. Der Stadtrat erklärte, es sei hohe Zeit, daß jetzt die Gemüter sich beschwichtigen.

Der Appell fiel leider nicht auf empfänglichen Boden. Schon am folgenden Tage, nachmittags 2 Uhr, sah sich der Stadtrat genötigt, zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um die Massnahmen zu beraten für den Fall, daß ein (wie es hieß, zum Protest gegen das partielle Streikpostenverbot und die behördliche Duldung der Einfuhr fremder Arbeitswilliger) in Aussicht gestellter Generalstreik sich verwirklichen und auch das im Dienste der Stadt stehende Personal sich daran beteiligen sollte. Wiewohl von den Orga-

16. Juli 1912.      Zeitblatt der Stadt Zürich Nr. 165.      Seite 5.

## An die Bevölkerung der Stadt Zürich!

Der Generalstreik ist durch den Import von Berufsstreikbrechern veranlaßt worden. Er hat, dank der Besonnenheit der Massen und der Führer, von unbedeutenden Zwischenfällen abgesehen, einen ruhigen und würdigen Verlauf genommen. Solche Zwischenfälle sind bei einer Massenaktion, an der sich mehr als 20,000 Personen beteiligten, wohl begreiflich. Unterm Schutz des Militäraufgebotes hat das Unternehmertum die Arbeiterschaft 2 Tage lang ausgesperrt! Auch durch diese Maßregel hat sich die Arbeiterschaft nicht provozieren lassen!

Trotz der Selbstbeherrschung, welche sie damit an den Tag gelegt hat, versuchen gewisse Kreise des Bürgertums unter Führung des Bürgerverbandes, die Behörden zu Repressalien gegen die Arbeiterschaft zu veranlassen.

Wir protestieren gegen alle Maßregelungen und Ausnahmegesetze, die in Wahrheit nur den Zweck haben sollen, die Arbeiterschaft zu desorganisieren und einzuschüchtern. Dieser Zweck wird nicht erreicht werden! Die Arbeiterschaft steht geschlossen und einig da. Und sie wird sich durch keine Gewaltmaßregel einschüchtern und spalten lassen!

**Der Vorstand der Arbeiter-Union Zürich.  
Die sozialdemokr. Fraktion des Grossen Stadtrates.  
Die sozialdemokratische Fraktion des Kantonsrates.**



Gesamtzahl der Beamten und Angestellten der Stadt Zürich 1511 Personen und diejenige der Arbeiter 2948. Laut dem statistischen Jahrbuch der Stadt Zürich für das Jahr 1911 arbeiteten also 4459 Personen für die Stadt. Die Zahl der bestraften Personen belief sich also gegen einen Fünftel der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter!

## Die Einen traf es, den anderen nicht...

Eugen Hermann (geb. 1877), gewerkschaftlich organisierter Kanzlist in der Stadtkanzlei, gelang es 1912 noch, seine Teilnahme am Streik als Engagement gegen dessen Eskalation darzustellen. Beim Landesstreik 1918 konnte er sich nicht mehr durchwursteln – und erhielt einen Verweis des Stadtrates. Dieser fand sogar noch 1953 an seiner Abdankung anerkennende Erwähnung.

Die Transkription lautet: «Nach Schluss der Stadtratssitzung vom Freitag Vormittag erschien Kanzlist Hermann & ersuchte um Urlaub, unter Darlegung der Gründe, wie sie um Vorstehenden enthalten sind. Da ich überzeugt war, dass H., der auch erklärte, durchaus gegen den Streikausbruch zu sein, die Beurlaubung nicht missbrauchen, sondern im Interesse der Stadt (unter obwaltenden Umständen) wirken werde, erteilte ich ihm den begehrten Urlaub.

15. Juli 1912 Dr. Th. Usteri Subst.»

## Das Gesuch des Kanzlisten Hermann, späterer Stadtarchivar

Herrn Dr. Usteri, I. Substitut des Stadtschreibers.

Anlässlich des Generalstreikes vom 12. Juli 1912 habe ich Sie um eine ganztägige Urlaubsbewilligung ersucht. Die Gründe die mich hiezu bewogen haben, belieben Sie nachstehenden Ausführungen zu entnehmen.

Mittwoch den 10. Juli hat das Kartell der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter über die Frage des Generalstreikes verhandelt. Das Resultat der Abstimmung war unverbindlich; die Sektionen hatten noch zu entscheiden und sie beschlossen auch fast ausnahmslos, am Generalstreike nicht teilzunehmen. Als am Abend des 11. Juli der Generalstreik beschlossen wurde, haben sich die Vorstände der Kartellvereine noch nach zwölf Uhr zum Ratschlag besammelt. Eine Kommission, bestehend aus Sekretär Rimathé, Typograph Hintermeister, den Kanzlisten E. Billeter und E. Hermann erhielt den Auftrag, die schon vor vier Uhr einrückenden Straßenbahner und städtischen Arbeiter zur Arbeit zu veranlassen und ein Bureau zu eröffnen, das den Städtischen mit Rat und Tat beizustehen habe. Die Bureaumitglieder, als Funktionäre des Kartells und zum Teil als Angestellte der Stadt waren sich ihrer Verantwortung wohl bewußt und durften sich gerade deshalb ihrer Aufgabe nicht entziehen. Als sich dann der größte Teil der Straßenbahner und städtischen Arbeiter nicht getraute, durch die Menge hindurch zu dringen und den Dienst aufzunehmen, war es erst recht angezeigt, mit den Leuten in Verbindung zu bleiben.

An Arbeit hat es dem Bureau nicht gefehlt. Nebst vielem anderem wurde auf eine Anfrage des Gaswerkes versucht, Mannschaft zur Arbeit in Schlieren anzuhalten, ebenso auf Begehren des Straßenmeisters Trittenbach, der Leute für die Reinigung der Bahnhofstraße bedurfte. Wenn unsere Bemühungen in dieser Beziehung geringen Erfolg hatten, so war daran schuld, daß die Leute von ihrer Arbeit abzuhalten versucht wurden und auf Streitigkeiten mit Rückzug von der Arbeit antworteten.

Nach meiner Ansicht bin ich auch an diesem Tage, in Erkenntnis meiner Pflichten, im Dienste der Stadt gestanden.

Eugen Hermann, Kanzlist.

Nach Schluss der Stadtratssitzung vom Freitag Vormittag erschien Kanzlist Hermann & ersuchte um Urlaub, unter Darlegung der Gründe, wie sie um Vorstehenden enthalten sind. Da ich überzeugt war, dass H., der auch erklärte, durchaus gegen den Streikausbruch zu sein, die Beurlaubung nicht missbrauchen, sondern im Interesse der Stadt (unter obwaltenden Umständen) wirken werde, erteilte ich ihm den begehrten Urlaub.

15. Juli 1912



# DIE SUCHE NACH DEN POLITISCHEN SUNDENBÖCKEN

Der Generalstreik führte auch dazu, dass Spannungen innerhalb der Linken wieder an die Oberfläche traten. Debatten, die man bereits in den Jahren zuvor geführt hatte, wurden erneut zum Thema – innerhalb der Partei wie in der Arbeiterbewegung insgesamt.

Bereits im Verlauf der Planung des Streiktages waren die Spannungen sichtbar geworden: An den Delegiertenversammlungen der Arbeiterunion sprachen sich mehrere führende Sozialdemokraten, unter anderem der Stadtrat und spätere Stadtpräsident Emil Klöti, gegen einen Generalstreik aus. Sie lehnten diesen ab, da sie ihn ihm eine unkontrollierbare Massenbewegung sahen, die kaum zu konkreten Erfolgen führen würde.

Im Nachhinein sprach man in der Öffentlichkeit zwar mit einer Stimme, so wehrten sich die gesamte Linke im Grossen Stadtrat, im Kantonsrat und an den Massenversammlungen gegen die Vorwürfe des Bürgertums. Dennoch wurden, besonders von Seiten der «Eintracht», massive Vorwürfe an die Sozialdemokratische Partei herangetragen.

Der Zürcher Stadtrat hatte sämtliche Beschlüsse im Hinblick auf den Generalstreik einstimmig gefasst. Die vier Sozialdemokraten im Stadtrat hatten somit auch dem Erlass des Streikpostenverbots, dem Militäraufgebot und der Massregelung der städtischen Angestellten, die am Streik aktiv teilgenommen hatten, zugestimmt. Dies sahen viele als Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung der SP hin zum Opportunismus und weg von einer «konsequent klassenkämpferischen Politik».

Innerhalb der Zürcher Arbeiterbewegung entstand eine grosse Auseinandersetzung um die Frage, was SP-Stadträte leisten können und sollten. Die eine Seite forderte, dass die Stadträte «Sturmböcke in der Exekutive» sein müssten, während sich diese verteidigten, dass die einzige Möglichkeit darin bestehe, Kompromisse zu schliessen und sozialdemokratische Politik in jeder einzelnen Frage bestmöglich zu betreiben. Eine Einigung fand sich allerdings auch nach intensiver Diskussion nicht. Resolutionsentwürfe beider Seiten wurden an den Delegiertenversammlungen fallen gelassen.

Seite 4.      Einblatt der Sicht Nr. 172.      24. Juli 1912.

## Arbeiter-Union Zürich

### Fünf große öffentliche Volksversammlungen.

Der interimistische Vorstand der Arbeiter-Union Zürich hat beschlossen, auf **Mittwoch, den 24. Juli, abends 8 1/4 Uhr** fünf große Volksversammlungen einzuberufen, an denen über den Ausbruch und Verlauf des Generalstreiks Bericht erstattet werden soll.

**Thema:**

## Der Generalstreik vom 12. Juli 1912.

**Referenten:**

**Kreis I: J. Schwend und H. Wirz.**  
(Total: „Schwaben“ bei der Gemiltschütz.)

**Kreis II: H. Manly und H. Seidel.**  
(Total: Kasino Wollishofen.)

**Kreis III: H. Grenlich und Joh. Figg.**  
(Total: Velodrom, Regeten.)

**Kreis IV: H. Heusser und G. Bieder.**  
(Total: Kasino Wollishofen.)

**Kreis V: Dr. V. Farbfeld und H. Kaufmann.**  
(Total: Brauerei Seefeld.)

Arbeiter, erhebet in Waffen! Es gilt Einsprache zu erheben gegen die alle Begriffe von Recht verwerfenden, die brutale Gewalt zum Gesetz erhebenden Maßnahmen, mit denen das Bürgertum sich an einzelnen unserer Brüder für den Generalstreik zu rächen sucht.

Der Vorstand der Arbeiter-Union Zürich.  
Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei der Stadt Zürich.  
Die Vorstände der sozialdemokratischen Kreisorganisationen.

## Sollen Stadträte «Sturmböcke in der Exekutive» sein?



**Jakob Vogelsanger**, 1849 in Beggingen geboren) wuchs als Sohn eines Landwirts und Tagelöhners in einfachen Verhältnissen auf. 1866–1970 arbeitete er als Gärtnergehilfe in Wollishofen. 1868 trat er in den Grütliverein bei, wo er sich dem linken Flügel anschloss und später auch in die SP eintrat. 1868 wurde er freier Mitarbeiter bei der Zeitung «Grütliauer», wo er 1870 Hilfredaktor, 1872 Verlagsgehilfe, 1878 Redaktor in Bern, Chur und Zürich wurde. 1881–1890 war er Gross-Stadtrat in Chur und von 1897–1889 Präsident des Bündner Grütlivereins. Er war Mitgründer der Grütlirankeasse. 1890 siedelte er über nach Oberstrass und wurde sogleich der erste auf einer sozialdemokratischen Liste gewählte Nationalrat der SP (bis 1905). 1892–1905 und 1907–1911 vertrat er die SP im Kantonsrat. Von 1892–1919 wurde er der erste SP-Stadtrat in Zürich, wo ihm das ungeliebte Polizeiamt übertragen wurde. Er geriet auch wegen seinen grütliauerischen Auffassungen in der SP in die Kritik, was ihm das Nationalratsmandat kostete. Er starb 1923 in Zürich.

**Friedrich Erismann**, 1842 in Gontenschwil als Pfarrerssohn geboren, studierte 1861–1867 in Zürich, Würzburg und Wien Medizin, doktorierte 1867. 1868 heiratete er die erste Doktorandin an der Universität Zürich, Nadeschda Suslowa und arbeitete 1869 als Augenarzt in St. Petersburg. 1870 trat er der SP bei. 1872–1874 bildete er sich in Hygiene an den Universitäten Zürich und München weiter, kehrte dann 1874–1878 als Arzt wieder nach St. Petersburg zurück und war als Arzt im russisch-türkischen Krieg und ab 1879 in Moskau wissenschaftlich tätig. Er gehörte zu den Pionieren der wissenschaftlichen Hygiene in Russland und war Verfasser (7 Bände) und Redaktor der «Untersuchungen über die gesundheitlichen



Verhältnisse in den Fabriken des Moskauer Gouvernements [1879–85]». 1881 erhielt er den Dr. h.c. der Universität Moskau, wo er 1884 Professor für Hygiene und Leiter des Hygiene-Instituts wurde. Er unterstützte dissidente Studenten und wurde 1896 aus politischen Gründen entlassen und des Landes verwiesen. Nach Zürich zurückgekehrt war erst Privatgelehrter. 1898–1901 war er im Gemeinderat und von 1899–1901 Präsident der Arbeitskammer. 1901–1915 wurde er als Stadtrat für das Gesundheitswesen zuständig. Er starb 1915 in Zürich.



**Emil Klöti**, 1877 in Winterthur-Töss als Sohn eines grütliauerischen Lehrers und Bezirksanwalts geboren, studierte 1896–1900 Rechtswissenschaften und Volkswirtschaft an der Universität Zürich und doktorierte 1901 zum Thema des Proportionalwahlrechtes in der Schweiz. Er arbeitete von 1900–1907 in der kantonalen Verwaltung (Steueramts und Baudirektion). Er trat 1902 der SP bei, war VPOD-Mitglied und wurde 1907 in den Stadtrat gewählt. Hier war er zuerst fürs Steuer-, ab 1909 fürs Finanz- und von 1910–1928 für das Bauwesen I zuständig. 1908–1911 und 1917–1919

sass Klöti im Kantonsrat, 1919–30 im Nationalrat, 1930–1955 im Ständerat. 1916–17 präsidierte er die SPS. Als Bauvorstand erwarb er sich grosse Verdienste um die Stadtplanung von Zürich und setzte sich ein für eine von Grünflächen und Freihaltezonen aufgelockerte Bauweise der Stadt und für den kommunalen und den genossenschaftlichen Wohnungsbau. 1928–1942 war Klöti Stadtpräsident von Zürich und musste in der Krise einen Lohnabbau beim städtischen Personal und Steuererhöhungen durchsetzen. 1929 und 1938 scheiterte seine Wahl zum Bundesrat. Er starb 1963 Zürich.



**Paul Pflüger**, 1865 in Rio Novo (Brasilien)) wurde wie sein Vater, der Stadtmissionar war, Theologe. Er studierte 1883–87 Theologie und Philosophie in Basel, Lausanne und Zürich. 1887–1897 war er Pfarrer in Dussnang und von 1898–1910 in Zürich-Aussersihl. Pflüger war einer der ersten sozialdemokratischen Pfarrer der Schweiz und bezeichnete sich als evolutionärer Sozialist, der mit Reformen auf kommunaler Ebene ein Stück Sozialismus verwirklichen wollte, etwa im Wohnungsbau und im Fürsorgewesen. 1900 gründete er unter anderem den Jungburschverein, aus dem ab 1911 die Sozialistische Jugend wurde und 1906 die Zentralstelle für soziale Literatur der Schweiz, das heutige Schweizerische Sozialarchiv. 1899–1920 vertrat Pflüger die SP im Kantonsrat, 1901–1910 im Gemeinderat von Zürich. 1910–1923 war er Stadtrat, wo er für das Armen- und Vormundschafswesen, ab 1919 für das Schulwesen zuständig war, trat dann aus gesundheitlichen Gründen zurück. 1912–1916 war er Zentralpräsident des Grütlivereins und 1912–1918 Vizepräsident der SP Schweiz. Er starb in 1947 Zürich.

Quelle der Biografien: Markus Bürgi, Historisches Lexikon der Schweiz.

**Allgemeine bürgerliche Versammlung**

Montag den 15. Juli 1912  
abends 8 Uhr

**in der Tonhalle**

Eine allgemeine bürgerliche Versammlung zur Besprechung der durch den Generalstreik der sozialdemokratischen Arbeiter-Union geschaffenen Lage, findet nächsten Montag Abend statt, einberufen vom Bürgerverband Zürich mit anderen bürgerlichen Organisationen.

Alle bürgerlich Gesinnten, gleich welcher Richtung, sind eingeladen.

**Nichtsozialdemokraten heraus!!**

**NB. Sozialdemokraten ausgeschlossen.**



# DER POLITISCHE MASSENSTREIK – EINE HISTORISCHE EINORDNUNG

Die Debatte um Sinn, Zweck und Voraussetzungen für einen Generalstreik fand nicht nur auf lokaler Ebene statt. Ein gutes Jahr später war die Thematik am Parteitag der SP Schweiz in Aarau traktandiert. Es ging zwar um einen grundsätzlichen Positionsbezug, der aber klar vor dem Hintergrund der Zürcher Ereignisse stattfand.

Die Geschäftsleitung legte einen Beschlussantrag mit fünf Thesen zum Thema Generalstreik vor, der zusammen mit dem Gewerkschaftsbund ausgearbeitet worden war. Darin wurde festgehalten, dass der Massenstreik nur als Notwehr- und Protestaktion der Arbeiterschaft genutzt werden dürfe, wenn alle anderen Mittel erschöpft sind. Ein Massenstreik mit dem Ziel, politische Rechte zu erkämpfen, wurde für die Schweiz als nicht empfehlenswert angesehen. Der «revolutionäre Generalstreik» schliesslich lehnte man ausdrücklich ab: Solchen «anarchosyndikalistischen Experimenten» müsse die SPS und der Gewerk-

schaftsbund notfalls entschieden entgegenreten.

Gerade der letzte Punkt ist auch als Reaktion auf den Zürcher Generalstreik zu verstehen. Dieser wurde zwar einerseits als Protestkundgebung der Arbeiter aufgefasst, darüber hinaus beobachtete man jedoch argwöhnisch die Anarchisten in der Zürcher Arbeiterunion. Deren Vorhaben würden den gewerkschaftlichen Anliegen schaden, so die klare Position von Gewerkschaftsbund und Sozialdemokratischer Partei. Nun suchte man nach einer Möglichkeit künftige Generalstreiks in enge Bahnen zu lenken.

Fritz Platten, selbst an vorderster Front in Zürich aktiv, sprach überraschenderweise als Referent der Geschäftsleitung: Das mächtige Instrument des Generalstreiks müsse zukünftig von der nationalen Parteileitung und dem Gewerkschaftsbund genehmigt werden. Die Möglichkeiten einer lokalen Organisation seien rasch überschritten und die Folgen würden auf die nationale Ebene übergreifen. In Zürich habe man

lediglich Glück gehabt: Die Gegenseite sei nicht vorbereitet gewesen und die Reaktion grösstenteils ausgeblieben. Dies sei künftig wohl anders, umso wohlüberlegter müsse ein Massenstreik sein. Robert Grimm sprach für das etwas anders formulierte Berner Papier, dessen grundsätzliche Stossrichtung jedoch die selbe war: Man wollte sich von den syndikalistischen Strömungen innerhalb und ausserhalb der Partei abgrenzen und sah den Generalstreik nicht als Beginn eines revolutionären Umsturzes. Er sei vielmehr ergänzendes Mittel im Arbeitskampf, so Grimm, nur unter bestimmten Voraussetzungen zweckmässig und ersetze keinesfalls die parlamentarische Arbeit.

Der Parteitag folgte dieser Argumentation: Sowohl die Thesen der Geschäftsleitung als auch die Berner Resolution wurden angenommen. Die unterschiedlichen Auffassungen zur Rolle der sozialdemokratischen Exekutivmitglieder, die in Zürich für Furore sorgten, waren hingegen kaum Teil der Debatte.

## Der politische Massenstreik: Grimms Grundlagen

Der politische Massenstreik habe auch in Demokratien seine Berechtigung und Demonstrationen und Streiks könnten tatsächlich etwas bewegen, vor allem dann, wenn sie gut organisiert seien, so die Haltung von Robert Grimm. Von ihm stammen die Broschüren «Der politische Massenstreik» (1906) und «Revolution und Massenaktion» (1919).

Ausgangslage der Broschüre von 1906 waren die zahlreichen Streiks Anfang des 20. Jahrhunderts. Immer wieder traten Arbeitende in Streik, um sich gegen ungerechtfertigte Bestrafungen (Massregelungen) von Genossen durch Fabrikleitungen zu wehren. Immer wieder holten die Fabrikdirektoren die Polizei oder das Militär, die das Postenstehen der Streikenden am Eingangstor der Fabrik verhinderten – für die Streikenden ein massiver Angriff auf ihre demokratischen Rechte.

1906 forderte der Verein der Arbeiter der chemischen Industrie von der Gewerkschaft eine Resolution, dass das Polizeiaufgebot eventuell mit einem Generalstreik zu beantworten sei. Die Resolution wurde abgelehnt, da sich die Gewerkschafter nicht einig waren, ob überhaupt und wenn ja, wie ein Generalstreik durchzuführen sei. Robert Grimm untersuchte daraufhin diese Fragen und publizierte seine Antworten in der Broschüre «Der politische Massenstreik».

Gleich zu Beginn der Schrift distanzierte sich Grimm von zwei Formen des Streikes, nämlich vom internationalen Generalstreik und dem Expropriations-Generalstreik, der als Mittel zum Sturz der Gesellschaft diene. Grimm befasste sich mit dem politischen Massenstreik, das heisst «mit der Arbeitsniederlegung in mehreren oder sämtlichen Berufen einer Ortschaft, einer Gegend oder eines Landes zum Zweck des Widerstands gegen die Regierung, gegen die Staatsgewalt» (ebd., S. 6).

Die Frage des Widerstands gegen

die Staatsgewalt trete eben auch in Demokratien in den Vordergrund, wenn sich Polizei und Militär für die Interessen der besitzenden Klasse einsetzen und die Volksrechte verkümmern würden, wenn Militärtruppen in Streikgebiete entsandt und Ausnahme Gesetze erlassen würden.

Ein politischer Massenstreik müsse geplant und gut vorbereitet sein, denn es sollen die Arbeiter, die mit der Erzeugung der Produkte zur Befriedigung der täglichen Bedürfnisse beschäftigt sind und die Arbeiter der öffentlichen Betriebe in den Streik treten. Gleichzeitig müsse die Versorgung der streikenden Bevölkerung mit den wichtigsten Produkten gewährleistet sein.

Ein solcher sei Streik wirksam, weil die Kleinhandwerker und die kleinen Unternehmen durch den Streik leiden würden. Deshalb würden sie dann die Regierung unter Druck setzen, dem Massenstreik ein Ende zu bereiten. Und weil die Regierung die Arbeitenden weder zur Arbeit zwingen noch genügend Fremdarbeiter einstellen könne, müsse sie auf die Forderungen der Arbeiter eingehen. Diese Sicht vertrat Grimm auch noch 1919, im Anschluss an den Landesgeneralstreik.

Er schrieb: «Das Geheimnis des erfolgreichen Massenstreiks liegt nicht in ihm selbst, nicht in der Tatsache, dass Hunderttausende von Arbeitern in dichtgedrängten Scharen auf der Strasse stehen. Seine Kraft besteht in der Wirkung auf das wirtschaftliche Leben. Jeder Streik bedeutet Desorganisation.»

Die Vorfälle im Frühling 1912 hatten dazu geführt, dass die Diskussion um den politischen Massenstreik wieder verstärkt aufgenommen wurde. Für einmal war sich die Mehrheit der Arbeitenden einig, so dass es am 12. Juli 1912 zum Generalstreik in Zürich kam. Doch im Anschluss daran, als gefragt wurde, was denn der Streik nun bewegt habe, wurde die Debatte erneut sehr kontrovers geführt.



Truppen am Paradeplatz: Haben die Behörden 1918 nichts von 1912 gelernt?

## Generalstreik in Zürich 1912 – ein Fazit 2012

Im Anschluss an den Generalstreik wurde von Seiten der Partei, der Gewerkschaft, von Privatpersonen und letztlich auch von Robert Grimm ein Fazit gezogen. Er schrieb am Montag, den 15. Juli 1912, in der Berner Tagwacht: «Man hat sich in diesen Tagen die Frage vorgelegt, was mit dem Generalstreik eigentlich erreicht worden sei. (...) Als das Ziel des Generalstreiks wurden nicht bestimmte, sofort zu erfüllende Forderungen aufgestellt. Der Streik war nur ein notwendiger Protest gegen Berufsstreikbrechertum und gegen das Streikpostenverbot. Es galt, den einheitlichen Massenwillen der Arbeiterschaft zum Ausdruck zu bringen und das ist in unzweideutiger Weise durch den einmütig durchgeführten, spontan aus der Masse selbst hervorgegangenen Generalstreik geschehen.»

Der Zürcher Generalstreik von 1912 hatte keine unmittelbaren Verbesserungen für die Situation der Arbeitnehmenden zur Folge. Angelegt war er aber, wie auch Grimm schreibt, als allgemeine Protestaktion. Seit es die Arbeiterbewegung

gab, wurde über die Möglichkeit eines Generalstreiks oder eines politischen Massenstreiks kontrovers diskutiert. Dass ein solcher Streik 1912 auch einmal in der Schweiz erfolgreich durchgeführt wurde, ist sicher positiv zu bewerten. Doch um seine desorganisatorische Wirkung vollends entfalten zu können, hätte der Streik vermutlich viel länger dauern müssen. Dies hätte allerdings die Spannungen zwischen Streikenden und den Arbeitgebenden bzw. dem Militär um ein Vielfaches erhöht. Ein blutiges Ende hätte, neben der Tragödie an und für sich, sicher auch der Sache selber geschadet.

Dennoch können zwei Wirkungen festgehalten werden: Im Anschluss an den Generalstreik von Zürich wurde in der Linken wieder vermehrt über die notwendigen Voraussetzungen und den Zweck des politischen Massenstreiks diskutiert. Darüber hinaus bot der Streik in Zürich Robert Grimm ein «Studienobjekt» beziehungsweise ein Übungsfeld für den Landestreik von 1918.

Die sich verstärkende Teuerung

sowie die bundesrätliche Verzögerung der Proporzinitiative führte gegen Ende des Ersten Weltkriegs erneut zu einer General- bzw. Landestreikdebatte, die Robert Grimm mit der Gründung des Oltener Aktionskomitees im Februar 1918 zu Gunsten des Landesstreiks beeinflusste. Im Anschluss daran wurden Forderungen der Arbeiterschaft mit der Drohung des Generalstreiks durchgesetzt. Im Sommer 1918 verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage der Arbeiterschaft weiter. Der Streik des Zürcher Bankpersonals im September 1918 sowie die Generalprobe am 1. Oktober 1918 in Zürich führten zu grossen Verunsicherungen des Bürgertums: Man befürchtete einen Generalstreik aus heiterem Himmel. Das Ersuchen des Zürcher Regierungsrates am 7. November 1918 an die Bundesbehörden um Truppenschutz, war Provokation genug: ein eintägiger landesweiter Proteststreik wurde am Samstag, den 9. November 1918 als Warnung an den Bundesrat ausgerufen.

Nach Weisungen des Oltener Ak-

tionskomitees war der Proteststreik in der Nacht vom Samstag, 9. November 1918, abzubrechen. In Zürich jedoch beschloss die Arbeiterunion mit 251 gegen 45 Stimmen den Streik weiterzuführen. So kam es, dass das Komitee nach einer langen und hitzigen Debatte in der Nacht vom 10. zum 11. November den Beschluss fasste, es sei am Montag um Mitternacht der unbefristete, allgemeine Generalstreik einzuleiten. Schon am Morgen des 11. Novembers 1918 bot der Bundesrat erneut Truppen auf.

Als sich die Lage verschärfte und der Bundesrat am Mittwoch, den 13. November «im Hinblick auf die ungeheuren, von Stunde zu Stunde wachsenden inneren und äusseren» Gefahren dem Präsidenten des Oltener Aktionskomitees ein Ultimatum stellte, beschloss das OAK nach einer mehrstündigen, dramatischen nächtlichen Sitzung den Streik am Donnerstag, den 14. November um Mitternacht abzubrechen.

Und heute? Was wäre wenn... Wir hoffen, an der Tagung «Streik» Antworten zu finden.

## Quellen und weitere Literatur

Frei, Anette. Die Welt ist mein Haus. Das Leben der Anny Klawa-Morf. Zürich 1991.  
Heeb, Friedrich. Aus der Geschichte der Zürcher Arbeiterbewegung. Denkschrift zum 50jährigen Jubiläum des «Volksrecht» (1898–1948). Zürich 1948.  
Lang, Karl. Kritiker, Ketzler, Kämpfer. Das Leben des Arbeiterarztes Fritz Brupbacher. Zürich 1975.  
Matthüller, Markus. Leonhard Ragaz und der religiöse Sozialismus. Eine Biographie (Band 1). Zollikon 1957.  
McCarthy, Adolf. Robert Grimm. Der schweizerische Revolutionär. Bern 1990.  
Voigt, Christian. Robert Grimm. Kämpfer, Arbeiterführer, Parlamentarier. Eine politische Biographie. Bern 1980.  
Zweig-Strauss, Hanna. David Farbstein (1868–1953). Jüdischer Sozialist – Sozialistischer Jude. Zürich 2002.

Fotos Stadträte: Zurlinden, Samuel. Hundert Jahre Bilder aus der Geschichte der Stadt Zürich in der Zeit von 1814–1914. Band II, Zürich, 1915

## Impressum

**Herausgeber:**  
Robert-Grimm-Gesellschaft  
% Monika Wicki, Hübelstr. 26, 8636 Wald  
Sozialdemokratische Partei Stadt Zürich  
Gartenhofstrasse 15, 8004 Zürich

**Redaktion:**  
François G. Baer, Visueller Gestalter, Zürich  
Nicola Behrens, Archivar, Stadtarchiv Zürich  
Michael Kraft, Historiker  
Monika Wicki, Präsidentin der Robert-Grimm-Gesellschaft

Gestaltung: François G. Baer, toolbox D&K Zürich  
Druck: Printoset, Zürich, Auflage: 500 Expl.